

Die Heimarbeiterin.

Organ der christlichen Heimarbeiterinnen-Bewegung.

Das Blatt erscheint monatlich.
Mitglieder erhalten es kostenfrei.
Redaktionschluss am 15. jeden Monats.

Herausgegeben vom Hauptvorstande.
Hauptgeschäftsstelle: Berlin W30, Nollendorffstr. 13-14.
Fernsprecher: Amt VI, 2858.
Erscheinenszeiten: wöchentlich von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm., Sonnabends nur bis 2 Uhr nachm.

Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle und durch alle Postämter.
Preis vierteljährlich 50 Pf.

Nummer 12.

Berlin, Dezember 1911.

11. Jahrgang.

***** Fröhliche Weihnachten. *****

Sei uns begrüßt, o Weihnachtstest,
Das in des Jahres trübsten Tagen
Auf neuen Frühling hoffen läßt,
Das freundlich zu uns spricht: Vergeht,
Was bang ließ eure Herzen schlagen!

In all den Tageslärm und Streit,
Darin die Freude ging verloren,
In all die Trübsal unsrer Zeit
Gönt wieder etwas, das erheitert.
Es heißt: Der Heiland ist geboren!

Längst schon vorüber ist das Blüh'n,
Von Schnee bedeckt die Fluren liegen;
Ein Baum allein behielt sein Grün,
Der kommt, wenn Sternlein oben glüh'n,
Um Bergwald still herabgefliegen.

Es kommt der Tannenbaum herein
Ins Haus und wird bedeckt mit Lichtern,
Behängt mit Gaben, groß und klein,
Wie spiegelt sich sein heller Schein
In holder Kinder Angesichtern!

Wenn Kerzen funkeln allerwärts,
Dazu klingt silberhelles Lachen —
Das muß auch wohl ein altes Herz,
Das viel erlitten hat von Schmerz
Und Kummer, wieder fröhlich machen.

Nun in dem Frohsinn stör' uns nichts!
Was wir aus Engelsmund vernommen,
So tröstend uns zum Herzen spricht's.
O Fest des Friedens und des Lichts,
O Fest der Freude, sei willkommen!

Johannes Trojan.

Weihnachtsfrieden?

„Nun, in dem Frohsinn stör' uns nichts! O Fest des Friedens und des Lichts, o Fest der Freude sei willkommen!“ So singt es der Dichter, so klingt es in diesen Wochen und Tagen aus aller Herzen, so zieht es auch sehnsüchtig durch die Herzen der Heimarbeiterinnen.

Wird Weihnachten 1911 ein Fest der Freude für die Heimarbeiterinnen werden, das ihnen in aller Trübsal dieser schweren Zeit mit niedrigen Löhnen und hohen Lebensmittelpreisen, die sich nicht reimen lassen wollen, neuen Mut, neue Zuversicht und Frohsinn bringt?

Wir wissen es nicht.

In den Tagen zwischen dem 13. und 18. November sollte das Hausarbeitgesetz durch die letzte Lesung im Plenum des Reichstags zur Annahme gelangen. Nun aber haben die Reichsboten bei der Beratung des Schiffahrtsgesetzes so lange Reden geredet, daß sie damit noch nicht einmal fertig geworden sind. „Unser Gesetz“ — sie sind auf acht Tage in die Ferien gegangen, um Wahlreden zu halten — wurde auf den 27. November verlagert. Gott weiß, ob es dann, ob es noch herankommt zur Erledigung vor Schluß dieses Reichstages!

Der Wille dazu ist wohl vorhanden, denn die bürgerlichen Parteien insgesamt haben sich auf ein Kompromiß festgelegt, daß in das Hausarbeitgesetz Fachausschüsse (Vertragsausschüsse) hineinbringen will. Wir können also doch noch hoffen, daß uns diese Weihnachtsfreude wird. Aber in unserer Dezembernummer kann noch nichts darüber berichtet werden. Nun — wenn's nur kommt! Das Januarblatt, das neuen Mut zu neuer Arbeit im neuen Jahre machen soll, eignet sich ja auch prächtig für solche eine Nachricht des Fortschritts.

Und das ist dann — trotz aller Mängel des Entwurfs — doch eine Freude für die deutschen Heimarbeiterinnen. So

warten wir getrost einen Monat weiter. Schließlich kommt das Gesetz doch noch als eine Art Weihnachtsfreude.

Aber die Weihnachtszeit soll auch eine Zeit des Friedens sein. In der äußeren Politik ist er für unser Vaterland mit schweren, fast zu schweren Opfern erkauft worden. Marokko wurde von uns aufgegeben. Ob das Stück Kongo wertvoll fürs Deutsche Reich ist, danach fragt uns Heimarbeiterinnen doch niemand. So mögen die Verantwortlichen auch die Verantwortung tragen, ohne uns.

Anderst ist es aber mit der inneren Politik, zu der auch die Lohnpolitik, die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses gehört.

Als im Jahre 1896 die Berliner Konfektionsnäherinnen in den Streit traten, weil sie ihr jämmerliches Los nicht mehr zu ertragen vermochten, da stand die ganze öffentliche Meinung auf ihrer Seite und Angehörige aller Stände, Leute, denen an und für sich jeder Streit wie eine Auflehnung gegen göttliche und menschliche Ordnung erschien, traten auf die Seite der armen Mäntelnäherinnen und unterstützten sie in ihrem Ringen um Besserung der Verhältnisse. Was war das Ergebnis?

Eine vorübergehende Lohnaufbesserung, von der sogar behauptet wird, daß sie zum Teil nie wirklich gezahlt wurde und die ganz unterblieb, als sich die öffentliche Meinung wieder beruhigt hatte.

So wurde es nicht besser in der Berliner Damenkonfektion. Im Gegenteil: beeinflusst durch die überall wuchernde Schmuglontkurrenz — eine Heimarbeiterin machte es billiger als die andere, ein Zwischenmeister unterbot den andern, um die Aufträge des Oberarbeitgebers (Großkonfektionärs) für sich zu gewinnen, die Oberarbeitgeber unterboten sich gleichfalls auf dem Inlands- wie dem Auslandsmarkt — sind die Verhältnisse in der Damenkonfektion geradezu unhaltbar geworden. Alle wibereinander! Die

reine Anarchie! Und das für alle drei an diesem Gewerbe beteiligten Gruppen wichtige Ergebnis die Tatsache, daß jedenfalls die Arbeiterschaft nicht mehr zu ihrem Rechte kommt. Alle drei Gruppen klagen über den wirtschaftlichen Niedergang. Abgestuft leiden alle unter dem Preisdruck, am meisten naturgemäß die Näherinnen, die Heimarbeiterinnen, denn sie erhalten eben das, was als Lohnmöglichkeit bei diesem steten Drücken an jeder Stelle für sie noch übrig bleibt.

So kann es nicht, so darf es nicht bleiben!

Unser Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen vertritt seit Jahren den Standpunkt, daß das ganze Gewerbe dadurch gesund werden könnte und gesund gemacht werden müsse, daß seine Lohnverhältnisse geregelt werden. Schon vor Jahren haben wir beauftragt, daß der Lohn der Zwischenmeister wie der Arbeiterinnen gleichzeitig festgelegt und dadurch eine sichere Basis für die gesamte Konfektion geschaffen werden müsse. Bei Gelegenheit der „Deutschen Heimarbeiterausstellung“ wiesen wir an soundsoviel Beispielen nach, daß völlige Willkür in der Entlohnung herrscht, daß sie aber nur zu beseitigen ist, wenn alle drei Gruppen ehrlich Hand in Hand die Regelung dieser Lohn-Anarchie vornehmen.

Zunächst waren die Zwischenmeister unsere schärfsten Gegner. Sie hatten die Notwendigkeit einer derartigen Regelung, die auch ihnen zuverlässige, übersichtliche Arbeitsbedingungen schaffen sollte, noch nicht eingesehen. Als unsere Hauptvorsitzende in einer von ihnen nach Schluß der Heimarbeiterausstellung einberufenen Versammlung in diesem Sinne sprechen wollte, wurde sie buchstäblich niedergeschrien.

Aber die Zwischenmeister in Ehren! Sie haben mittlerweile erkannt, daß der von uns geforderte Weg der einzige ist, der auch ihnen gesunde Verhältnisse bringen kann, der einzige ist, der wirklich zum Ziele zu führen vermag.

Im Herbst 1910 haben sie zunächst auf eigene Hand versucht, mit den Oberarbeitgebern, der Großkaufmannschaft, zu tariflicher Regelung zu gelangen. Sie wurden erst hingehalten, ihre Vorschläge dann als undurchführbar abgelehnt. Da blieben sie, Gott sei Dank, nicht stehen, sondern rangen sich zu der Erkenntnis durch, die bisher einzigartig und darum doppelt anzuerkennen ist. Zu der Erkenntnis nämlich, daß hier nur ein Hand in Handgehen aller Beteiligten Wandel schaffen könne. Am 9. Januar 1911 wurde unsere Hauptvorsitzende zu einer von ihnen veranstalteten öffentlichen Versammlung als Vertreterin unserer Organisation eingeladen. Auch ein Vertreter des „freien“ Schneiderverbandes war zugegen. Und die Vertretungen dieser drei sich sonst im Kampfe gegenüberstehenden Verbände schlossen nun Waffenbrüderschaft zum Zweck der Gesundmachung des Gewerbes. Als wenige Tage darauf, am 12. Januar 1911, der „Deutsche Heimarbeiterstag“ stattfand, auf dem die Vertreter aller Richtungen, unterstützt von dem gar nicht hoch genug zu schätzenden „Bureau für Sozialpolitik“, noch einmal die Notlage der deutschen Heimarbeiter vor aller Augen entrollte, um dem dem Reichstage vorliegenden Hausarbeitergesetz noch einmal die Wünsche der Heimarbeiterchaft als zwingende Ursache für seine Durchbringung zu unterbreiten, da fehlten auch die Zwischenmeister nicht. Der rührige Vorsitzende des „Arbeitgeberverbandes für das Damenschneidergewerbe Deutschlands“ stellte sich im Namen seiner Organisation auf die Seite der Heimarbeitenden und brachte die Resolution vom 9. Januar zur Kenntnis, in der auch sie für Errichtung von Lohnämtern und gleichmäßige, durch Tarif festgelegte Löhne eintraten.

Dieses weitherzige, kluge Vorgehen hat nun in der Zwischenzeit zu folgendem geführt: Die vereinigten Meister haben ihrerseits einen sogenannten Minimalpreistarif

*) So nennt sich die Vereinigung, in der die Damenmäntel-Schneiderinnung zu Berlin, der Verein selbständiger Schneidermeister für Damenkonfektion und die entsprechenden Vereine von Breslau und Erfurt zusammengeschlossen sind. Der Einfachheit und Verständlichkeit halber ist für sie alle in diesem Artikel der allgemein gültige Ausdruck „Zwischenmeister“ gebraucht.

ausgearbeitet, in dem sie die für sich von den Oberarbeitgebern zu fordernden und dann die von ihnen an die Arbeiterschaft zu zahlenden Löhne eingetragen hatten. Dieser Tarif wurde dem Verbands der Schneider und Schneiderinnen und unserem Gewerbeverein zur Begutachtung übergeben. Beide Organisationen besprachen nun mit den Beteiligten Punkt für Punkt des Tarifs und machten die nötigen Abänderungsvorschläge. Dann wurde eine Lohnkommission zu gleichen Teilen aus Vertretern des Zwischenmeisterverbandes, des Schneiderverbandes und unseres Gewerbevereins gebildet und in einer Reihe gemeinsamer Sitzungen eine völlige Einigung über den Tarif erreicht. Am 21. Oktober 1911 wurde er den Oberarbeitgebern, also dem „Verbands Deutscher Damen- und Mädchenmäntel-Fabrikanten“ mit der Bitte, sich dazu zu äußern, eingereicht. Am Montag, den 13. November, fand eine Sitzung mit dem geschäftsführenden Ausschuss des Fabrikantenverbandes statt. Von seiner Seite wurde bedingungslos zugegeben, daß besonders die Löhne der Heimarbeiterinnen durchaus der Aufbesserung bedürften, dagegen wurde einstimmig von ihnen erklärt, daß sie die tarifliche Festlegung der Löhne in der Damenkonfektion für „technisch undurchführbar“ hielten und darum als „unannehmbar“ ablehnten. Da unsere Vertreter nur beauftragt waren, auf Grund des gemeinsam aufgestellten Minimaltarifs zu verhandeln, wurde die Besprechung abgebrochen. Die Organisationen haben inzwischen wieder eine Lohnkommissionssitzung gehabt, in der das Festhalten an der tariflichen Regelung als unbedingt notwendig erklärt wurde. Wir alle wissen eben aus der Praxis, daß Lohnerhöhungen, die nicht festgelegt sind, schon in der nächsten Saison, wenn die zu arbeitenden Stücke andre Namen führen, wieder verloren sind. Dann setzt die alte Willkür ein und mit ihr neues Elend.

Was wird nun werden? Die Fabrikanten sagen, unser Vorschlag sei technisch undurchführbar. Die Zwischenmeister, die doch auch Arbeitgeber und, was besonders hervorgehoben werden muß, die eigentlichen Fachleute sind, haben auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen den Tarifentwurf ausgearbeitet und halten ihn, wie auch die Arbeiterschaft es tut, für durchführbar. Wie wird die Antwort der Fabrikanten auf unser letztes Schreiben lauten? Sie erkennen unsere Wünsche als berechtigt an. Wie wollen Sie ihnen zur Erfüllung verhelfen, wenn sie unsere Vorschläge ablehnen? Soll sich das Jahr 1896 mit seiner Not wiederholen? So, wie es ist, kann es nicht weitergehen! Zwischenmeister, Schneider und Heimarbeiterinnen strecken die Hand aus und sagen einmütig: „Schlagt ein! Faßt mit an! Bessert mit uns gemeinsam die Verhältnisse! Bringt mit uns gemeinsam Ordnung in das Durcheinander von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit, von Ordnung und Willkür, damit ein jeder, eine jede, die in der Damenkonfektion tätig ist, hinfort mit Zuversicht die Arbeit zu tun vermag.“ Mit der notwendigen Ueberzeugung: Tue ich reblich meine Arbeit, so habe ich auch mein Brot!

Alle Heimarbeiterinnen hoffen auf das Hausarbeitergesetz als auf den Anfang der Heimarbeiterreform. Die Berliner Konfektionsheimarbeiterinnen hoffen vor allem auf Besserung der Verhältnisse in ihrer Branche, ohne Gesetz, auf dem Wege vernünftigen, gemeinsamen Verhandeln seitens aller Beteiligten. Entschließen sich die Oberarbeitgeber dazu, so wird die Regelung möglich, und Deutschland wäre wieder einmal an einer Stelle voran, und zwar auf dem Wege des Friedens! Gott gebe, daß auch für unsere Berliner Mitglieder Weihnachtsfrieden vor der Tür steht, daß es nicht erst nötig wird zu kämpfen um ein Ziel, das für alle gleicherweise von Segen ist. Am 22. November wird in einer gemeinsamen Versammlung der drei Verbände über die bisherigen Verhandlungen berichtet und über die weitere Stellungnahme Beschluß gefaßt werden. Möge das Ergebnis ein Segen für alle werden. Eins wissen wir schon jetzt: Treue halten einer dem andern, auch wenn es durch Kämpfe geht! —

Allen aber, ob in der Reichshauptstadt oder am Niederrhein, ob im Schwabenlande oder an der Wasserkante, ob in Altpreußen oder in Bayern — allen möge ein

Christfest beschieden sein, in dem auch die müden, gedrückten Herzen wieder fühlen, daß für jeden die Botschaft gilt: Euch ist heute der Heiland geboren! Drum sei Ehre Gott in der Höhe, Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!

Die Lohnämter für die Heimarbeit in England.

Das Jahr 1909 brachte den englischen Heimarbeitern ein großes Weihnachtsgeschenk, Lohnämter für vier besonders schlecht bezahlte Gewerbe: die Ketten schmiederei, einzelne Zweige der Spitzenindustrie, die Stapelschneiderei, worunter man alle die Zweige der Konfektion verstehen wollte, die der Regelung besonders bedürftig sind und in denen sie möglich war, und die Kartonnagenindustrie.

Das Heimarbeitsproblem ist in England, entsprechend seiner schnelleren industriellen Entwicklung, eine Generation früher „brennend“ geworden wie bei uns. Man versuchte zunächst, ihm mit den Mitteln auf den Leib zu rücken, die den Fabrikarbeitern zu einer wesentlichen Besserung der Lage verholfen hatten: mit Arbeiterschutz, Wohnungs- und Werkstättenhygiene; die Lohnfrage überließ man der freien Vereinbarung der Parteien, die ja in den andern Gewerben zu befriedigenden Ergebnissen geführt hatte. Man machte aber bald die Entdeckung, daß die Maßregeln, die für den Fabrikarbeiter genügt hatten, für den Heimarbeiter versagten. Wohnungsaufsicht war nur schwer durchzuführen, da es sich um Tausende von Befahrungen handelte, zudem erschwerten der häufige Wohnungswechsel der Leute, die Unsicherheit der Listenführung, die Nachlässigkeit der Arbeitgeber wie der Arbeiter in der Anmeldung der Wohnungen die Kontrolle. Auch bedeutete hier Gewerbe- oder Wohnungsaufsicht das Eindringen in die Privatwohnung und das Familienleben, war also nur mit großer Vorsicht und viel Takt möglich. Arbeitszeitschutz, Schutz der Kinder vor Ausbeutung ließen sich gar nicht kontrollieren, legten auch dem zu schützenden Heimarbeiter nur neue Lasten auf. So versagte die Fabrikgesetzgebung in der Hausindustrie fast gänzlich. Aber noch ein anderes versagte: die Organisationsfähigkeit, die den andern Gewerben zu anständigen Löhnen verholfen hatte, und dies so sehr, daß die großen Gewerkschaften nicht einmal Heimarbeiter aufnahmen, aus Furcht, daß von ihnen doch nur die Kassenentrichtungen ausgebeutet würden.

Es galt also, neue Wege zu finden, wollte man den Notständen in den „sweated trades“ abhelfen. Und in England, dem konservativsten Lande unseres Erdteils, dem Lande, in dem gleichzeitig die Lehre von der Nichteinmischung des Staates am festesten Fuß gefaßt hatte, beschloß das Parlament die staatliche Lohnregelung für zunächst vier Hausindustrien. Die Lohnämter sollten einerseits die fehlende Organisation, andererseits nach dem Grundsatz: „Ausreichende Löhne sind die beste Heimarbeiterhygiene“ den unübersichtlichen Arbeiterschutz ersetzen. Es ist sehr bezeichnend für den Geist des englischen Parlaments, daß es in wunderbarer Einstimmigkeit dieses Gesetz annahm, mit zwei sehr charakteristischen Ausnahmen, einem alten Manchestermann und einem sozialistischen Dogmatiker, der die Kammer nicht wünschte, weil sie die Verwirklichung des sozialistischen Zukunftsstaates aufhalten könnten, eine allerdings sehr verständliche und kaum zu widerlegende Auffassung.

Das Gesetz ermächtigt das Handelsamt, in den obengenannten Gewerben Lohnämter zu errichten, die die Mindestlöhne für Heim- und Werkstättenarbeiter festsetzen sollen. Das Handelsamt kann mit der später einzuholenden Erlaubnis des Parlaments auch andere Industrien einbeziehen, aber auch, wenn sich die Verhältnisse in den geregelten Industrien zum Besseren geändert haben, diese sich wieder selbst überlassen. Die Kammer setzen sich zu gleichen Teilen aus Delegierten der Arbeitgeber und der Arbeiter zusammen; als Unparteiische funktionieren einige Personen, die vom Handelsamt ernannt werden. Soweit das Gewerbe nicht, wie die Ketten schmiederei und die Spitzenindustrie, streng lokalisiert sind, wird das ganze Gebiet in 8 bis 9 Bezirke zerlegt, für die je ein Amt geschaffen wird. Die Kammer in diesen Bezirken, können Stücklöhne festsetzen, denen ein gewisser Minimalzeitlohn zugrunde gelegt ist. Die Festsetzung der Stücklöhne war für die Ketten schmiederei eine verhältnismäßig leichte Sache; es handelt sich zwar nicht um eine ganz kleine Anzahl von Typen, aber da diese nicht von der Mode beeinflusst werden, dürfte die einmalige Festsetzung für längere Zeit ohne wesentliche Abänderungen genügen. Schwieriger gestaltet sich die Tarifierung in der Spitzenindustrie, und es ist wohl nur der besonderen Tüchtigkeit der Mitarbeiter, besonders des Vorstehenden, zu danken, daß eine Arbeit geleistet

wurde, die in Deutschland seitens der Unternehmer als ganz unmöglich bezeichnet wird.

Schwieriger gestalten sich die Verhältnisse bei den beiden andern Industrien, der Kartonnage und der Schneiderei. Doch waren auch für die erstere bereits ein halbes Jahr nach Erscheinen des Gesetzes die Vorarbeiten im Gang, die sehr schwierig waren, da die Arbeiter in dem ganzen Lande zerstreut wohnen. Die erste Aufgabe war, die Beteiligten selber zur Teilnahme an der zu leistenden Arbeit heranzuziehen. Die Agenten der Regierung reisten landauf, landab, um auflärende Versammlungen abzuhalten. Durch Plakate, die man zu jener Zeit in jeder Straße, die viel Heimarbeiter beherbergte, erblicken konnte, durch Flugblätter suchte man, das Gesetz allen bekanntzumachen. Vor allem sicherte sich die Regierung die Mithilfe der in Betracht kommenden Gewerksvereine, ferner der großen Vereine, die, wie die Antisweating League und der Womans Industrial Council, bereits seit Jahren ihre Kraft für das Gesetz eingelegt hatten. Gerade dies Heranzuziehen der privaten Kräfte, dies Schulter-an-Schulter-Stehen von Regierung und Arbeitern berührt überaus sympathisch. Denn das Gesetz soll nicht die im Heimarbeiter liegenden Kräfte einschläfern, sondern sie, die sich bisher unter der Ungunst der Verhältnisse nicht entfalten konnten, zum Leben erwecken. Das ist in ganz unerwarteter Weise geglückt. Die Ketten schmiedereien von Gravelly Heath sind jetzt grotzentheils organisiert: vier Fünftel ihrer Mitglieder sind erst seit dem Inkrafttreten des Gesetzes in den Gewerksverein getreten, von dem sie die beste Vertretung ihrer Interessen erwarten und der ihnen jetzt mehr Aussichten für eine kräftige und erfolgreiche Tätigkeit bietet, als die früheren ohnmächtigen Vereine. Ähnliches wird aus den andern Gewerben gemeldet. Auch die alten zünftigen Gewerksvereine stehen jetzt der Aufnahme von Heimarbeitern freundlicher gegenüber.

Gerade diese Mitarbeit der Gewerkschaften ist besonders wertvoll, um die Durchführung des Gesetzes zu sichern. Es gehört schon ein gut Stück Kenntnis der Branche dazu, um sich in einem modernen Tarifvertrag zurechtzufinden, und ohne diese liegt die Gefahr sehr nahe, daß der Heimarbeiter überfordert wird. Im Verkehr mit Standesgenossen wird der einzelne am besten über den Inhalt der Lohnvereinbarungen aufgeklärt. Vor allem gibt die Organisation dem Heimarbeiter das nötige Rückgrat, nicht zu einem niedrigeren Satz zu arbeiten, und endlich nimmt sie, wie vielfach bei uns in Gewerben, die stark mit Heimarbeit durchsetzt sind, es auf sich, durch Kontrolle der Lohnbücher und event. durch Uebnahme der Klage, auch dem schwachen und widerstandslosen Heimarbeiter zu seinem Recht zu verhelfen.

In England hat man sich nicht begnügt, wie das in den deutschen Entwürfen vorgeesehen war, die zu wenig gezahlten Löhne noch nach Jahresfrist einlagbar zu machen, sondern stellt die Uebertretung des Gesetzes sogar unter schwere Strafe. Wie die Gerichtsverhandlungen zeigen, mußte nicht ganz selten gegen Arbeitgeber eingeschritten werden, die zu geringe Löhne zahlten. Doch wird sich die Zahl der Zuwiderhandlungen wohl bald mindern, da der Vorteil in keinem rechten Verhältnis zu dem steht, was der Arbeitgeber aufs Spiel setzt.

Besonders bedeutsam muß es scheinen, daß das Gesetz nicht nur für die Gewerbe eintritt, die ihren Markt ohne wesentliche Konkurrenz des Auslandes beherrschen, wie die Ketten schmiederei, sondern gerade für solche, die stark mit dem ausländischen Wettbewerb zu rechnen haben, wie die Schneiderei und die Spitzenindustrie. Die Festsetzung von Mindestlöhnen wirkt nämlich verschieden auf Gewerbe, die nur mit der inländischen Konkurrenz zu rechnen haben und solche, die schwer auf dem Weltmarkt um den Absatz zu ringen haben. Im erstern Falle wird einfach der Lohn aus der Reihe preisbildender Faktoren ausgeschaltet, die Spannung zwischen den Herstellungs- und Verkaufspreisen braucht für den Unternehmer keineswegs zu sinken, vielmehr wirkt die für alle gleichmäßig gültige Lohnfixierung gegen eine lästige Schmutzkonkurrenz. Anders die Industrie, die für den Weltmarkt arbeitet oder gar den Inlandsmarkt gegen die Konkurrenz des Auslandes verteidigen muß. Hier kann unter Umständen, sofern nicht hohe Schutzzölle wenigstens den inneren Markt schützen, tatsächlich die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem mit unregelmäßigen Löhnen arbeitenden Auslande herabgemindert werden. Trotz dieser Bedenken und trotzdem Englands Industrie durch keine Einfuhrzölle geschützt ist, wagte man den Schritt, sogar für ein so bedeutendes Gewerbe, wie die Schneiderei, die 400 000 Arbeiter beschäftigt. Die ängstlichen Bedenken, die in Deutschland bei Beratung des Hausarbeitsgesetzes laut wurden, die Industrie werde ruiniert, die Arbeiter brotlos, erhoben sich auch hier; die Unternehmer wiesen, beschämend genug für uns, besonders auf die deutsche Schmutzkonkurrenz hin. Aber Regierung und

Parlament ließen sich durch bergleichen Bedenlichkeiten nicht den frischen Mut und Willen lähmen. Hatte man doch bereits zu oft diese Befürchtungen gehört, die seit der ersten Einführung des Arbeiterschutzes bis zur heutigen Stunde jedesmal bei ähnlicher Gelegenheit laut wurden und — wenigstens in nennenswertem Umfange — sich noch nie bewahrheitet hatten.

Besonders erfreulich ist bei der ganzen Gesetzgebung das Fehlen alles dessen, was man als prinzipiell, dogmatisch oder wie sonst benennen mag. Wo sollen die Grenzen für die staatliche Regelung liegen? Sie werden nur durch praktische Erwägungen gezogen. Wo Lohnämter wegen mangelnder Organisationsfähigkeit der Arbeiterschaft nötig werden, sollen sie eingerichtet werden, die Regierung hat sich zu diesem Zwecke die weitgehendsten Befugnisse geben lassen. Werden nicht allzu viele Gewerbe besonders in Zeiten schlechten Geschäftsganges um staatliche Lohnregelung bitten? Das ist nicht zu befürchten; für die großen Industrien des Landes würde es auch nur ein Herabdrücken des Lohnstandards bedeuten, da die Ämter doch immer nur die Mindestlöhne festsetzen können, die gerade zur Fristung des Lebens ausreichen würden. Bedeutet das Gesetz nicht den Anfang vom Ende unserer gegenwärtigen Wirtschaftsform? Ach nein, der Engländer sieht diese als so fest gegründet an, daß er mit der Sicherheit des Starren ruhig auch da, wo es für das Gesunderhalten eben dieser Wirtschaftsordnung nötig ist, ein Stückchen Sozialismus im besten Sinne des Wortes, Sorge der Gesellschaft für den notleidenden Einzelnen, sich leisten kann. Käthe Gaebel.

Aus anderen Verbänden.

Heimarbeit und Charitasverband. Auf der diesjährigen Generalversammlung des Charitasverbandes für das katholische Deutschland in Dresden wurde u. a. die Heimarbeitsfrage behandelt. Am Morgen des 27. September war bereits das Thema in geschlossener Sektionsitzung besprochen worden, und am Abend desselben Tages referierte unser liebes Ehrenmitglied, Gräfin Montgelaß, über die Heimarbeit und die Pflichten der deutschen Frauenwelt in einer großen Frauenversammlung, zu der auch der königliche Hof erschienen war. — Ausgehend von der Heimarbeitsausstellung 1906 in Berlin entwarf die Referentin ein Bild der vielfachen Not in der Heimarbeit. Unangenehme Entlohnung, lange Arbeitszeiten, unhygienische Verhältnisse, mangelnder gesetzlicher Schutz! Das Elend in den Kreisen heimarbeitender Frauen — denn um Frauen handelt es sich in erster Linie —, die volkswirtschaftliche Rückständigkeit der Heimarbeit, haben gewichtige Stimmen veranlaßt, das Ausgehen der Heimarbeit in Fabrik- und Werkstattarbeit als erstrebenswertes Ziel hinzustellen. Die Referentin verteilte die Ansicht, daß, solange ein Mitterwerben verheirateter Frauen zum Lebensunterhalt der Familie notwendig, die Heimarbeit das geringere Übel sei, da sie die Frau und Mutter im Rahmen der Häuslichkeit beläßt. Allerdings eine eingeschränkte, von altmodischen Konturenunfähigen Betriebsformen losgelöste und reformierte Heimarbeit. Vor allem muß die Sanierung der Heimarbeit durch gesetzlichen Eingriff erfolgen. Der Anfang hierzu ist das in Beratung stehende Hausarbeitsgesetz und die obligatorische Einbeziehung der Heimarbeiter in die Krankenversicherung. Die wirksamste Hilfe würde aber die gesetzliche Festlegung von Mindestlöhnen bringen. Hand in Hand mit dem gesetzlichen Schutz, gleichsam als Grundlage hierfür, muß die Selbsthilfe in Form der Organisation gehen. Der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen hat nunmehr 7117 Mitglieder und breitet sich mit rund 60 Ortsgruppen über ganz Deutschland aus. Bessere Ausbildung der Heimarbeiterinnen ist ein wichtiger Faktor zur Herbeiführung günstiger Arbeitsbedingungen; im Interesse der Heimarbeiterinnen kann daher nicht oft genug die Forderung der Einführung obligatorischer weiblicher Fortbildungsschulen erhoben werden. Zum Schluß appellierte die Vortragende an das soziale Verantwortungsgesühl deutscher Frauen aller Stände, damit sie sich ihrer Macht als Konsumentinnen zum Besten der Heimarbeiterinnen bewußt würden und ihr Handeln danach einrichteten. Im Anschluß an die so verständnisvollen, warmen Ausführungen wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die sich für gesetzliche Einführung von Mindestlöhnen in der Heimarbeit ausspricht, die staatlichen Vereine auffordert, die einzelnen Heimarbeiterinnen den Organisationen zuzuführen und die deutschen Frauen an ihre Käuferpflichten erinnert.

Die 2. Vertreterversammlung des Verbandes evangelischer Arbeiterinnenvereine Deutschlands fand am 18. und 19. September in Dresden statt und vereinigte eine große Anzahl Delegierter zur Beratung ihrer Landesinteressen. Die

erste Vorsitzende des Verbandes, Fräulein v. Feldmann, eröffnete die Tagung und begrüßte die erschienenen Delegierten und Gäste. Unter den letzteren befanden sich die Vertreter der Behörden und Vertreter der auf gleichem Boden arbeitenden Verbände und Vereine, die alle ihre besondere Freude über die tatkräftige Mitarbeit der Arbeiterinnen im Verbandsausdruck und darauf hinwiesen, wie wertvoll die Gesinnungspflege, die in den Evangelischen Arbeiterinnenvereinen getrieben wird, für unser ganzes Volksleben sei. Von allen Seiten wurde dem Verbands lebhafteste Unterstützung zugesagt.

Mit großem Interesse wurden drei Referate entgegengenommen über die „Evangelischen Arbeiterinnenvereine und die nationale Arbeiterbewegung“ von Herrn Pastor Dreßler, „Die evangelischen Arbeiterinnenvereine und die Innere Mission“ von Herrn Pastor Scheffen und „Die evangelischen Arbeiterinnenvereine und die christliche Frauenbewegung“ von Fräulein v. Werthern, welche die innere Zusammengehörigkeit darlegten, die zwischen der Arbeit des Verbandes und diesen drei großen Arbeitsgebieten der Volkswohlfahrt besteht.

Der Geschäftsbericht gab ein erfreuliches Bild von der Tätigkeit des Verbandes. Sein Organ „Die deutsche Arbeiterin“ wird in ca. 4500 Exemplaren gelesen. Besonders lebhaftes Ansehen fanden einige Anträge der Vereine betr. Einrichtung von Spargelegenheiten für die Vereinsmitglieder, Einrichtung von sozialen Ausbildungskursen zur Schulung von Arbeiterinnen zu Vorstandsmitgliedern und Beamtinnen der Vereine und die Anträge betr. Ausgestaltung des Verbandsorgans.

In den Abendversammlungen wurden folgende Vorträge gehalten, die anregende und fördernde Diskussionen hervorriefen: Die Gartenstadt Hesperau, Erholungsheime für Arbeiterinnen, Verwendung der Mitgliederbeiträge, Die Arbeit in den Arbeiterinnenheimen, Kinderausflüge.

Jede Auskunft über den Verband evangelischer Arbeiterinnenvereine erteilt das Sekretariat Hannover-Döhren, Bahnhofstraße 1.

Der Verband für handwerksmäßige und sachgewerbliche Ausbildung der Frau hat seinem im September erschienenen Flugblatt III: Die Organisation der gewerblich tätigen Frauen jetzt Flugblatt IV: Erlaß des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 18. Juli 1911 folgen lassen. — Dieser Erlaß, der sich ganz auf den vom Verband für handwerksmäßige und sachgewerbliche Ausbildung der Frau vertretenen Standpunkt stellt, trifft über die Bildungsreform der gewerblichen Arbeiterin wichtige Entscheidungen. Unter Angabe der zur Durchführung des Erlasses notwendigen Schritte wendet sich der Verband in diesem Flugblatt an die deutschen Frauen aller Stände, sie zur Mitarbeit auf diesem Gebiet auffordernd. — Die Flugblätter des Verbandes sind bis zu 10 Exemplaren gegen Vorbestellung unentgeltlich von der Geschäftsstelle des Verbandes: Berlin, Rinnstr. 111, zu beziehen. Für größere Sendungen wird ein mäßiger Preis berechnet. — Am 26. Oktober hatte der Verband eine Konferenz von Sachverständigen zusammengerufen, um mit ihnen über die Frage der Errichtung von Mädchen-Gewerbeschulen für Damenschneiderei zu beraten. Es waren erschienen die Vertreterinnen der Kgl. Gewerbeschule zu Potsdam und des Lettehauses, Leiter und Leiterinnen der städtischen Fortbildungsschulen von Berlin und Charlottenburg, der Vorstand des Fachvereins der selbstständigen Schneiderinnen von Groß-Berlin u. a. Allgemein wurde anerkannt, daß es an gründlich vorgebildeten weiblichen Kräften für Damenschneiderei wie für Damenkonfektion in Berlin fehlt. Oft müssen solche Kräfte aus Paris und Wien verschrieben werden. Die Berufsschulen für Schneiderinnen, die Paris und Wien seit Jahren, London seit jüngerer Zeit, geschaffen haben, wurden nach vielen Richtungen als vorbildlich bezeichnet. Alle diese Schulen beruhen auf dem Prinzip der Kundenarbeit, so daß der Lehrling in zwei- bis dreijähriger Ausbildungszeit die Arbeitsbedingungen des praktischen Betriebes durchaus erfährt und zugleich durch eine glänzende Ausstattung der Schulen mit Lehrmitteln einen vorzüglichen Stufengang durchmacht. Die Konferenz setzte eine Kommission ein, die einen Lehrplan für eine Mädchen-Gewerbeschule für Damenschneiderei mit zweijährigem Lehrgang und mindestens 36 Wochenstunden entwerfen soll, zu dem der Verband für handwerksmäßige und sachgewerbliche Ausbildung der Frau dann Stellung nehmen wird.

Der Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen hat laut Rechenschaftsbericht für 1910 eine Mitgliederzunahme von 497 im Berichtsjahre zu verzeichnen gehabt. Ende des Jahres zählte er 3983 Mitglieder. Die Einnahmen des Verbandes beliefen sich auf 70 202 M., die Ausgaben betragen 64 823 M., der Vermögensbestand am Jahresabschluss in der Hauptkasse 25 108 M., in den Lokalkassen 11 003 M., zusammen 36 111 M. Wie aus einer statistischen Uebersicht über die Entwick-

An die christlich-nationalen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

lung des Verbandes seit dessen Gründung hervorgeht, ist das Verbandsvermögen von Jahr zu Jahr stetig gestiegen.

Aus dem deutschen Buchdruckgewerbe oder Macht geht vor Recht. Es ist eine bekannte Tatsache: die Sozialdemokratie kann sich nicht genug über die „Vergewaltigung der Minderheit“ aufregen, wenn sie diese Minderheit darstellt. Ist aber die Sozialdemokratie oder ihre Gewerkschaften in der Mehrheit, dann ist es ganz selbstverständlich, daß Macht vor Recht geht und die Minderheit einfach an die Wand gequetscht wird. Das hat sich soeben wieder beim Abschluß des Tarifvertrags im Buchdruckgewerbe gezeigt. Der christlich-nationale Gutenberg-Bund forderte, mit Sitz und Stimme zu den tariflichen Institutionen zugelassen zu werden, da er der Tarifgemeinschaft gegenüber auch die gleichen Pflichten hat. Der sozialdemokratische Buchdruckerverband, der im Tarifausschuß den Ausschlag zu geben hat, ließ das nicht zu. Der „Typograph“, das Organ des Gutenberg-Bundes, wendet sich gegen diese Vergewaltigung der Minderheit. In einem längeren Artikel (Nr. 42, 20. Oktober) legt er den Sachverhalt dar und bemerkt u. a.:

„Daß die Brutalität des Verbandes die höchsten Grenzen erreicht hat, beweist, daß die Verbandsvertreter sogar den Antrag Lenkung ablehnten, den Gutenberg-Bund zu den Institutionen nur mit beratender Stimme zuzulassen. Auch lehnten sie ab, ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen, das aus drei Prinzipalen, drei Gehilfen und einem unparteiischen Vorsitzenden besetzt sein sollte. Der Verband will nicht gerecht sein, er selbst will entscheiden. Und in der Tarifgemeinschaft hat der Verband zu entscheiden, ob ein Vertreter der Organisation, die er bis in die Seele haßt, zugelassen werden soll. Wenn auch die Prinzipale dafür sind — der sozialdemokratische Verband will es nicht und damit basta. In jedem Rechtsstaate kann eine Partei einen Richter als besungen ablehnen, wenn er an der Sache interessiert ist. In den Tarifinstanzen für Deutschlands Buchdrucker ist das nicht möglich. Dort sitzt der Kläger und Richter in einer Person und verurteilt den von ihm selbst Angeklagten, den er haßt, verachtet und dem er Kampf bis zur Vernichtung geschworen hat.“

Wirklich, es ist ein unhaltbarer Zustand, daß der sozialdemokratische Buchdruckerverband zu entscheiden hat, ob ein Vertreter der Organisation, der er Kampf bis zur Vernichtung geschworen hat, mit beratender Stimme zugelassen werden soll. Da war der vorgeschlagene Weg, ein Schiedsgericht einzusetzen, wohl der richtige. Und wenn der Verband auch das nicht will, dann müssen andere Mittel angewandt werden. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung und die gesamte Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, daß der jetzige unhaltbare Zustand beendet wird.

Die Aussperrung in der westfälischen Tabakindustrie. Seit dem 12. Oktober sind in Lippe und Westfalen zirka 10 000 Tabakarbeiter und -arbeiterinnen ausgesperrt. Der Kampf hat sich inzwischen auch auf die Städte Bremen, Altona und Hamburg ausgedehnt, so daß etwa 14 000 Personen, darunter ungefähr 5000 Arbeiterinnen, betroffen sind. Die Aussperrung ist deshalb erfolgt, weil in einigen Betrieben Forderungen auf Lohnerhöhung gestellt worden waren, an denen die Arbeiter trotz der Androhung einer allgemeinen Aussperrung festhielten. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Lage der Arbeiter in der westfälischen Tabakindustrie eine äußerst verbesserungsbedürftige ist. Nach dem Bericht der Tabakarbeiter-Berufsgenossenschaft betrug der Durchschnittslohn eines Kollararbeiters nur 2,16 M. Das Bestreben nach einer Besserung dieser Verhältnisse ist daher durchaus berechtigt, und die Verantwortung für die Folgen des Kampfes fällt auf die Unternehmer.

Der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands, dessen Leistungsfähigkeit erst kürzlich bei der großen Tabakarbeiteraussperrung am Niederrhein eine harte Probe bestehen mußte, ist bei dem Kampf in Westfalen mit einem großen Bruchteil seiner Gesamtmitgliedschaft beteiligt. Die übrigen im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften vereinigten Berufsorganisationen haben den christlichen Tabakararbeitern die weitgehendste Unterstützung zugesagt. Der Ausschuß des Gesamtverbandes wendet sich in einem öffentlichen Aufruf an alle christlich-nationalen Arbeiter und Arbeiterinnen, durch freiwillige Geldsammlungen die kämpfenden Tabakarbeiter zu unterstützen. Dasselbe ist auch von sozialdemokratischer Seite geschehen.

Wir lassen den Aufruf folgen und hoffen, daß er bei ordentlichen wie außerordentlichen Mitglieðern offene Herzen und Hände finden wird. Helft den Brüdern und Schwestern, so wird auch Euch geholfen werden!

Kaum ist der schwere Kampf in der Tabakindustrie am Niederrhein beendet, den der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands allein und mit Erfolg für die Arbeiter durchgeführt hat, so ist an einer anderen Stelle in demselben Gewerbe ein heftiger, folgenschwerer Kampf entbrannt. Seit dem 12. Oktober sind die organisierten Tabak-Arbeiter und -Arbeiterinnen in Westfalen und Lippe ausgesperrt, weil in einigen Betrieben von den Arbeitern Forderungen zwecks Aufbesserung ihrer bedrückten Lage gestellt worden waren. Dabei ist die wirtschaftliche Lage der westfälischen Tabakarbeiter eine äußerst gedrückte, die Lohnerhältnisse sind die denkbar traurigsten. Nach dem Bericht der Tabakberufsgenossenschaft betrug in den drei wichtigsten Kreisen der Durchschnittslohn eines Kollararbeiters nur 2,16 M. pro Tag. Trotzdem wurden die bescheidenen Forderungen der Arbeiter von den Unternehmern abgelehnt. Der Fabrikantenverband drohte vielmehr sofort mit einer allgemeinen Aussperrung, falls die Arbeiter auf ihren Forderungen beharren und die erfolgten Kündigungen nicht bis zum 28. September zurücknehmen würden.

Als sich die Arbeiter diesem Ultimatum nicht bedingungslos fügten, machten die Unternehmer ihre Drohung wahr und sperrten am 12. Oktober zirka 9000 Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen aus. In den ersten Wochen ist die Zahl der in den Kampf verwickelten Arbeiter auf etwa 10 000 gestiegen, darunter sind 4000 Arbeiterinnen. Die Tabakarbeiter von Bremen, Altona und Hamburg sind ebenfalls mit in den Kampf hineingezogen und haben sich mit den westfälischen Kollegen solidarisch erklärt, weil es sich um dieselben Firmen handelt, die in den genannten Städten ihre Hauptgeschäfte, in Westfalen ihre Filialen haben. Dadurch werden in Westfalen 14 000 Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen im Kampf um eine menschenwürdige Existenz stehen. Daß es dem Fabrikantenverband hauptsächlich darum zu tun ist, die Arbeiter-Organisationen niederzurufen, geht daraus hervor, daß auch die Mitglieder derjenigen Verbände ausgesperrt wurden, die an den zuerst erhobenen Forderungen gar nicht beteiligt waren. Der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands ist auf diese Weise in den Kampf verwickelt worden und mit einem großen Bruchteil seiner gesamten Mitgliedschaft an der Aussperrung beteiligt. Die Dauer des Kampfes ist bei der schroff ablehnenden Haltung der Unternehmer nicht abzusehen.

Kollegen, Kolleginnen! Die übrigen Verufe können diesem schweren Kampf, der für die beteiligten Tabakarbeiter ein Kampf um Sein oder Nichtsein bedeutet, nicht gleichgültig und interessenlos gegenüberstehen. Bei dem vorliegenden schweren Ringen der westfälischen Tabakarbeiter um einen berechtigten Anteil am Ertrag ihrer Arbeit handelt es sich um eine äußerst wichtige prinzipielle Angelegenheit, an der die ganze Arbeiterbewegung interessiert ist. Die gesamte christlich-nationale Arbeiterchaft Deutschlands hat die Verpflichtung, ihre kämpfenden Brüder und Schwestern nach Kräften zu unterstützen. Nicht nur durch Worte, sondern durch die praktische Tat. Zu diesem Zwecke wird hiermit eine allgemeine freiwillige Sammlung für die kämpfenden Tabakarbeiter in Westfalen ausgeschrieben.

Kollegen und Kolleginnen! Hoffentlich wird Eure oft bewährte Solidarität und Opferwilligkeit auch diesmal nicht versagen, nicht vergebens an euch appelliert werden! Es gilt, einer der ärmsten und zum allergrößten Teil ohne jegliche Ursache brotlos gemachten Arbeitergruppe unter die Arme zu greifen, ihrer gerechten Sache zum Siege zu verhelfen. Darum steuere jeder sein Scherflein, soweit es in seinen Kräften steht. Keiner darf sich ausschließen.

Doch die Solidarität der christlich-nationalen Arbeiterschaft!

Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

„Zehn Jahre tren!“

So können in diesem Monat auch eine ganze Anzahl Dreslauer Mitglieder sprechen, die damals auf der Taschentrage am ersten Vereinsabend das Reis pflanzen halfen, das treue Gärtner von dem Bäumchen, das in Berlin schon lustig wuchs und grünte, hierhergebracht hatten. Unter umsichtiger und liebevoller Pfllege gedieh das schwache Reis und wurde von Jahr zu Jahr stärker und mächtiger, bis sich ein stattlicher Baum daraus entwidelte, in dessen Schatten im Laufe der Jahre viele arme, abgearbeitete und müde Heimarbeiterrinnen Erholung, Zerstreuung und Schutz suchten und fanden. Der treue Gott gab Regen und

Sonnenschein zur rechten Zeit, aber auch mancher Sturm hat das Bäumchen geschüttelt und niederbeugt und ihm starke Äste und Blätter geraubt. Doch konnte kein Sturmwind es zerbrechen und immer wieder richtete es sich auf und wurde stärker und mächtiger.

Zehn Jahre! Welch eine lange Spanne Zeit, wie viel Segen konnte in derselben unsern Mitgliedern gebracht werden, und was hat sie aus uns gemacht! Als schüchtern, ängstliche, haltlose Menschenfinder, die nichts anderes kannten, als eben immer nur Tag für Tag hinter der Maschine sitzen und um lärglichen Lohn schwer arbeiten, die es als etwas Ungehörliches betrachteten, den Mund aufzutun, um beim Unternehmer auf bessere Arbeitsbedingungen zu dringen, traten wir in den Gewerksverein ein. Durch ihn haben wir nun allmählich Rückgrat bekommen und haben es gelernt, als zielbewusste Arbeiterinnen unsere Kräfte einzuschärfen, und wagen es nun getrost, den Unternehmern gegenüber für unsere Rechte einzustehen, ein Wort mitzureden. Wissen wir es doch, daß unser Gewerksverein stets für unsere Sache eintritt, und daß wir in ihm einen festen Halt haben. Drum sei es auch an diesem wichtigen Zeitabschnitt unser aller innigster Wunsch: Möge unser Gewerksverein weiter wachsen und gedeihen und in immer weiterer Kreise den Segen des Zusammenschlusses bringen, damit zuletzt alle Prestarbeiterinnen unsere Mitglieder werden und so dazu beitragen, den Stand der Heimarbeiterrinnen zu heben und unsere gerechte Sache zu fördern! Das wolle Gott!

Ein zehnjähriges Mitglied.

Aus unserer Bewegung.

Berlin-Lüb. Unsere Novemberversammlung ist sehr gut besucht, der Saal ist bis auf den letzten Platz gefüllt. Gleich nach Eröffnung der Sitzung durch Fr. Wolff werden die Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß in jeder Versammlung ein Briefkasten aufgestellt wird, in dem die Mitglieder Zettel und Briefe mit sie interessierenden Fragen einwerfen können, und zwar ohne Namensunterschrift. Es soll auf diese Weise neu eintretenden Mitgliedern erleichtert werden, sich im Vereinsleben zurechtzufinden. Die Teilnahme am gemeinsamen Wareneinkauf ist eine sehr rege, die Bestellungen mehren sich. Diesmal geht auch eine Besteliste für Kartoffeln durch die Versammlung; unsere Mitglieder erhalten den Zentner frei ins Haus für 3,45 M. Bei der Besprechung des Hauptvorstandsprotokolls ermahnt die Vorsitzende noch einmal die Mitglieder, alle ihnen zu Ehren kommenden Gerichte einer bevorstehenden Lohnbewegung sofort zur Sprache zu bringen. Ferner bittet sie alle, sich jetzt, da eine Lohnbewegung in der Berliner Damenkonfektion im Gange ist, um die Gewinnung neuer Mitglieder aus dieser Branche zu bemühen. Sie weist dabei auf das Beispiel unser Vorstandsmitgliedes, Fr. Meise, hin, die in der heutigen Sitzung das Ehrenzeichen für Werbung von 10 neuen Mitgliedern erhalten hat. — Da in der letzten Sitzung die Gruppe den Wunsch ausdrückte, wieder einmal einen Vortrag — am liebsten Reisebeschreibung — zu hören, so hat unsere Vorsitzende unser Ehrenmitglied, Gräfin Montgelaß, veranlaßt, in der heutigen Sitzung über ihre Reise nach China zu sprechen. Die Versammlung folgte mit regem Interesse den interessanten Ausführungen, die durch schöne Lichtbilder noch anschaulicher gemacht wurden. Die Vorsitzende dankte der Rednerin im Namen der Gruppe und schloß, nachdem noch einige Vorbereitungen zu unserm Weihnachtsfest behandelt worden waren, um 1/21 Uhr die höchst anregende Sitzung.

Düsseldorf. Unsere letzte Versammlung war recht gut besucht, galt es doch, die Neuen, die sich beim Stiftungsfest hatten aufnehmen lassen, zum erstenmal in einer Mitgliederversammlung zu begrüßen und sie in ihre Vereinspflichten einzuführen. Es wurde ihnen denn auch von der Vorsitzenden Zweck und Ziele des Gewerksvereins erklärt und einige Einwürfe widerlegt, die man von lauen Mitgliedern so oft hört, was ja auch den Alten nie schaden kann. Zur besonderen Freude gereichte es uns, zu hören, daß unser so schön verlaufenes Stiftungsfest auch einen Gewinn für die Kasse abgeworfen hat, und es wurde einstimmig beschlossen, davon für das Altersheim 5 M nach Berlin zu senden. Von anderer Seite wurde dieser Betrag dann noch verdoppelt und somit 10 M an die Hauptkasse abgehandelt. Es muß hierbei noch erwähnt werden, daß infolge der Festrede von Fräulein von Freyß beim Stiftungsfest eine Telleraktion veranstaltet worden ist, um einen ersten Baustein zu schaffen für Erholungsstüve der nieder-rheinischen Gruppen. Diese Sammlung hat 25 M ergeben. Wir haben also jetzt auch am Niederrhein den Grundstein gelegt und hoffen, die Schwestergruppen werden bald nachfolgen, um eine Erholungsmöglichkeit für unsere rheinischen Mitglieder zu gründen. Der Verkauf von billigeren Lebensmitteln, besonders

von Kaffee, hat den Mitgliedern sehr gut gefallen und wird gewiß auf den regeren Versammlungsbefuch einen günstigen Einfluß ausüben, denn es sind für die nächste Versammlung sehr viele Bestellungen gemacht.

Essen. Unsere gut besuchte Oktoberversammlung nahm einen höchst lebhaften Verlauf, standen doch auch wichtige Punkte auf der Tagesordnung. Zunächst die Wahl von Vertrauensfrauen. Da wir die Beobachtung gemacht hatten, daß es einigen Mitgliedern schwer fiel, Ende des Monats die Beiträge zu zahlen (unsere Versammlung kann nur am letzten Donnerstag im Monat stattfinden), wurde beschlossen, einige Mitglieder mit dem Einsammeln der Beiträge zu betrauen. Fünf Eifrige erklärten sich bereit, die Pflichten als Vertrauensfrau zu übernehmen. — Dann wurde das Hausarbeitsgesetz besprochen. Zum besseren Verständnis dieses Gesetzes werden die Mitglieder noch einmal eingehend auf die Vorschläge unseres Verbandes zur Verbesserung und Hebung der Heimarbeit hingewiesen. Darauf wird die Resolution des Gewerksvereins verlesen und angenommen. Sie soll in den bekanntesten Blättern erscheinen. Als dritter Punkt stand die Gauderbaudsjung auf der Tagesordnung. Fr. Pickert berichtet über die in Düsseldorf im Oktober stattgefundene Sitzung, zu der Vertreterinnen der Gruppen Böln, Düsseldorf, Reuß, M.-Gladbach und auch drei Mitglieder unseres Vorstandes erschienen waren und die Fr. Behm selber leitete. Sie sprach von dem Gesichtspunkt aus: „Wie fördern wir unsere Gruppen?“ Besonders sei hervorgehoben die Wichtigkeit besserer Ausbildung der Mitglieder. Nur gesunde Kräfte haben Aussicht, günstig beschäftigt zu werden. Ferner ist die schlechte Bezahlung von Grubenfritten à 6 Pf. und Grubenhemden à 9 1/2 Pf. hier am Orte zur Sprache gekommen (das erforderliche Garn noch dazu, die Rolle 30 Pf., ist in dem betreffenden Geschäft zu kaufen). Fr. Behm hat den Gedanken ausgeworfen, evtl. eine eigene Werkstätte dieser Artikel von unserer Ortsgruppe einzurichten, durch welche der direkte Bezug seitens der Arbeiter zu annehmbaren Preisen ermöglicht werden sollte. An diesen Punkt schloß sich eine lebhafteste Besprechung an, einige Mitglieder nannten gleich drei Firmen, für welche sie die erwähnten Gegenstände unter obigen Bedingungen nähen. Wir hoffen, bei dem uns von Fr. Behm für diesen Winter in Aussicht gestellten Besuch diese Angelegenheit weiter zu besprechen, um Schritte zur Besserung in dieser Sache tun zu können. Mit Freuden wurde von den Anwesenden der weitere Bericht von Düsseldorf begrüßt, besonders, daß die Vorstände der rheinischen Gruppen ins Auge gefaßt haben, sich zwecks Gründung einer Erholungsstätte in unserer Gegend zu vereinigen. So stehen wir vor vielen neuen Aufgaben, an die wir mit Mut und Gottvertrauen herantreten wollen.

M.-Gladbach. Unsere Gruppe hat am 20. Oktober eine Eingabe an die Stadt betreffend Seefischlokurfur für Frauen (da dieselben nur für Mädchen des letzten Schuljahres eingerichtet sind) gemacht, außerdem betreffend Kochkurse zur Bereitung von Hülsenfrüchten angefaßt der Teuerung, auch für Frauen. Auf Ersteres erwiderte die Stadt am 28. Oktober, daß sie die Absicht habe, solche Kurse abzuhalten. Ueber Letzteres sind die Verhandlungen noch nicht beendet. Zwei Branchenversammlungen, besucht von nur je sechs Heimarbeiterrinnen (sehr traurig!) ergaben trotz der geringen Beteiligung sechs Neuaufnahmen. Warum? Weil unsere Notigen in der Zeitung immer wieder und wieder ein Wort für Unorganisierte bringen und diese ständig zu allen Versammlungen einladen.

Halle a. S. Im Mittelpunkt des Interesses und der Arbeit steht unsere für Januar geplante Heimarbeitausstellung, die ein möglichst lidenloses Bild der verschiedenen Zweige hiesiger Heimarbeit, sowie unserer Lehrkurse, Arbeitsvermittlung und der Leistungen unserer Mitglieder bei Privataufträgen geben soll. Ueber die nach Weihnachten zu veranstaltenden Lehrkurse entwickelte sich in den Novemberversammlungen eine eifrige und sachgemäße Diskussion, ob Kurse für Weihnachts-, Schürzen-, Schneidern oder speziell für Schnittzeichnen diesmal zu wählen seien. Ebenso wurde lebhaft über den neuingerichteten städtischen Verkauf von Seefischen, Kartoffeln und Kohl zu billigen Preisen debattiert, und die Vorsitzende legte klar, wie durch möglichst rege Inanspruchnahme dieser Verkäufe die Stadtverwaltung sicherlich zu immer weiterer Ausdehnung solcher Hilfsmaßregeln veranlaßt werden würde. Zum Schluß erregte die Vorlesung einer humorvollen Geschichte in anhaltischer Rundart durch die zweite Vorsitzende große Freude. — Am 28. Oktober feierten wir unser 9. Stiftungsfest, das bei zahlreichem Besuch mit feiner Fülle von schönen und heiteren Darbietungen allgemeine Befriedigung hinterlassen hat. — Die Sübgruppe wird künftig ihre Versammlungen schon am ersten Montag jeden Monats abhalten.

Leipzig. In der Novemberversammlung sprach Fräulein Schulze über „Mode in tausend Jahren“. Der Vortrag in seiner Vielseitigkeit, durch Abbildungen verschiedenster Trachten belebt, hat, geschöpft aus dem Schatz der Geschichte, die auf ein reiches Quellenstudium schließen ließ, lebhaftesten Beifall gefunden. Er verband Lehrreiches mit Heiterem, so daß der Abend äußerst angeregt verlief. Fragen über Krankenversicherung kamen durch unser in diesem Fach vorbildlich bewandertes außerordentliches Mitglied, Frau Dreslauer, wiederum zu Wort. Die Wahl neuer Vertrauensfrauen, Berichte über Gang und Werden unserer Betriebswerkstätte ergaben dann den gewerkschaftlichen Teil. Mit ihr geht es mutig voran. Mitglieder tut das Gute. Es gilt für euch selbst so gut wie für alle, die zu uns gehören! Ein neues Jahr steht vor der Tür. Schaut auf das verfloffene zurück und fragt euch, ob ihr fleißig geworben habt, ob ihr euch eurer Pflicht als Mitglieder stets bewußt gewesen seid und ob ihr euer Amt als Vertrauensfrauen immer nach bestem Willen und Wissen erfüllt habt. Je treuer ein jeder das Seine tut, je besser geht es dem Ziele zu!

Posen. Wieder hat die Kgl. Handels- und Gewerbeschule ihre Pforten für die Heimarbeiterrinnen geöffnet, und die rege Teilnahme unserer Mitglieder an den Kursen im Wäschnähen und in Schneiderei zeigt, daß die Erkenntnis, wie notwendig ihnen eine bessere Ausbildung ist, sich immer mehr Bahn bricht. Wie man mit Energie und Ausdauer alle Schwierigkeiten überwindet und in verhältnismäßig kurzer Zeit technische Vollkommenheit im Zuschneiden und Nähen von Wäsche erwerben kann, sehen die Mitglieder deutlich an der Leiterin unserer Arbeitsstube. In einem halbjährigen Kursus im Seminar der Lehrerinnen für Wäschnähen ist diese Heimarbeiterin, dank der außerordentlichen Unterstützung, die unserer Gruppe von der verdienstvollen Vorsteherin der Gewerbeschule gewährt wird, mit besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der Heimarbeit ausgebildet worden. Unter ihrer Leitung und mit ihren vorzüglichen Leistungen entwickelt sich der Betrieb in der Arbeitsstube in erfreulicher Weise. Da jede Arbeit sorgfältig ausgeführt wird und da die Arbeitspreise bei angemessener Entlohnung, die in guten Geschäften üblichen nicht übersteigen, wächst unser Kundentum. Zur Förderung der nach Verbesserung strebenden Kräfte und als Lehrstätte für Anfängerinnen soll unsere Arbeitsstube dienen, und wir arbeiten in demselben Sinne, wie es von der Vorstehenden der Leipziger Gruppe in der Novembernummer so treffend ausgeführt worden ist. Zur Einrichtung der Arbeitsstube haben unsere außerordentlichen Mitglieder durch ihre Beihilfen uns die Wege geebnet, ihnen sei der herzlichste Dank dafür ausgesprochen. Wir hoffen auch auf einen Zuschuß seitens der Stadtverwaltung, — andere Gruppen können davon oft freudig berichten —, uns ist aber bisher noch nichts gewährt worden. So haben wir noch mit Sorgen zu kämpfen und wissen nicht, ob wir den großen Fortschritt, den die Einrichtung der Arbeitsstube bedeutet, werden aufrecht erhalten können. Bis zum März verhandeln wir der „Posener Frauenhilfe“ den mietfreien Raum; wie wird's aber werden, wenn wir dann Miete zahlen sollen? Nun, wir wollen den Mut nicht verlieren, die gute Sache wird den Sieg davontragen und neue Hilfe wird kommen! Unser 5. Jahresfest feierten wir am 28. Oktober mit großer Beteiligung der Angehörigen und Freunde des Vereins in so festem Zusammenschluß und so hoffnungsfreudig, daß das Fest wirklich ein Markstein für die Gruppenentwicklung war, wie der verehrte Festredner hervorhob. Mit Wärme und tiefer Anteilnahme für das Ringen der Heimarbeiterinnen zeichnete Herr Pastor Noeller ein Bild des glücklichen Wachstums unserer Organisation. Er schloß mit einem Hoch auf die geliebte Kaiserin, deren Blüte von Pflanzengrün umgeben, an jedem Jahresfest uns entgegenblüht. Die klug-schönen, dreistimmigen Vorträge unseres Frauenchores erfreuten alle Herzen und weckten bei denen, die stimmbegabt sind, den Wunsch, sich zu den Übungsabenden einzufinden. Ein kleines Lustspiel und darauf ein musikalischer Kaffeeklatsch, beides von den jugendlichen Mitgliedern ausgezeichnet durchgeführt, tiefen große Heiterkeit und vielen Beifall hervor. Ein schönes, fröhliches Fest war's, es zeigte so recht die Freude, die unsere Mitglieder an ihrer Organisation haben und die Liebe, mit der eine die andere zu fördern sucht.

Letzte Nachricht!

Nun hat, ehe noch unser Blatt die Druckerei verließ, am Vorktage die Versammlung stattgefunden, in der zu dem mittlerweile eingegangenen Antwortschreiben des Fabrikantenverbandes Stellung zu nehmen war. Am Abend zuvor hatte schon die Lohnkommission erneut getagt und sich mit dem Inhalt der Antwort in erster Beratung beschäftigt. Das Ergebnis war,

da das Schreiben der Fabrikanten wiederum jedes Verhandeln auf der Grundlage des von uns eingereichten Tarifies ablehnte und leider, leider keinen Gegenvorschlag brachte, auf den wir gehofft hatten, daß wir beschließen mußten, der Versammlung vorzuschlagen, zunächst keine neuen Muster mehr anzufertigen und das Weitere abzuwarten. Wir konnten keinen andern Vorschlag machen, da die in dem Antwortschreiben versprochene Erhöhung der Löhne in bindender Form, „wenn und so weit dies nötig ist,“ uns ohne einen gleichzeitigen Vorschlag, wie dies durchzuführen gedacht sei, völlig in der Luft schwebte und keinerlei wirkliche Regelung, also keinerlei dauernde Besserung, in Aussicht stellte. Die Versammlung in Kellers Festhallen war überfüllt. 3—4000 Menschen sollen dagewesen sein. Hunderte sind wohl ununterrichteter Sach; umgekehrt, da auch alle Gänge und Seitenträume, Kopf an Kopf, gefüllt waren. Die Versammlung folgte in atemloser Spannung den Ausführungen des Berichterstatters, Herrn Drews, der im Namen des „Arbeitgeberverbandes für das Damenschneidergewerbe Deutschlands“, also im Namen der vereinigten Meister, die Stellungnahme der Lohnkommission vorzutrug und den Inhalt des Antwortschreibens als völlig unbefriedigend erklärte. Im Namen des „Verbandes der Schneider und Schneiderinnen“ trat Herr Runze dieser Erklärung bei und ebenso führte Herr Behm im Namen des „Gewerkevereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands“ aus, daß jenes Schreiben keinerlei Sicherheit, weil keinen wirklichen Vorschlag, für die erstrebte Regelung bringe. Alle drei erklärten, daß man weiter einmütig zueinander stehen wolle, um doch das mit so viel Mühe und Arbeit vorbereitete Ziel, die tarifliche Regelung, zu erreichen. Eine lebhafteste Aussprache setzte ein. Kein Redner und keine Rednerin wußten oder wollten einen anderen Weg, als den von der Kommission zur Beratung gestellten. Die Abstimmung am Schluß ergab einstimmige Annahme der Resolution, die in ihrem Schlußsatze lautete:

„Die Versammlung beschließt in Anbetracht der ganzen Sachlage, von heute ab keine Muster mehr anzufertigen und (das wurde von der Versammlung hinzugefügt, um die Umgehung des Beschlusses zu verhindern!) daß die Arbeit in der gesamten Damenkonfektion niederkulegen sei.“

Damit ist in der Berliner Damenkonfektion der Streik proklamiert! Zum ersten Male stehen auch unsere Mitglieder in einer eigenen Streikbewegung. Elf Jahre besteht unser Gewerkeverein. Bisher hat er nur Lohnbewegungen anderer, wenn es Pflicht war, unterstützt. Zum ersten Male kämpft er in der ersten Reihe mit! Nicht leichtsinzig und nicht leichtem Herzens. Wir sind uns der schweren Verantwortung voll bewußt. Aber — es ist nicht nur unser Recht, sondern vielmehr unsere Pflicht, so zu handeln. Man kann nicht nur fortgesetzt sagen: „So geht es nicht weiter!“ Man muß auch den Mut haben, die rechte Folgerung zu ziehen. Wenn das schwerer Ringen vorüber sein wird und geordnete Verhältnisse geschaffen sein werden, um die schon 1896 so mühsam gerungen wurde, dann werden Tausende und Abertausende uns segnen, daß wir den Mut hatten, mitzutun.

Nun gilt es, treu zu sein! Keine Arbeiterin in der Damenkonfektionsbranche wird früher zur Arbeit zurückkehren, als bis ein Abschluß zustande gekommen ist. Er kommt um so eher und besser, je treuer wir sind. Wir Frauen wollen beweisen, daß auch wir erkannt haben, daß Einigkeit stark macht!

Der Vorstehende des Meisterverbandes hat auf dem Heimarbeitertage erklärt, daß die Löhne seit 1896 immer tiefer gesunken sind, und daß für einzelne Stücke nur noch die Hälfte des damals üblichen Lohnes gezahlt werde. Und damals schon war die gesamte Öffentlichkeit außer sich über die bestehenden Löhne! Bedarf es da noch einer Begründung für die Notwendigkeit unseres Vorgehens?

Wir sind voller Hoffnung. Alle Gerechtdenkenden werden sich auf unsere Seite stellen und — wir hoffen es fest — die Oberarbeitgeber werden gerade um der Heimarbeiterinnen willen, deren Notlage sie einmütig anerkannter, sich bald einlenken und bereit sein, zu verhandeln und abzuschließen. Der Abschluß wird dann nicht nur für uns und alle Heimarbeiterinnen ein Segen sein, sondern für alle, die in der Branche tätig sind, in letzter Linie auch für die Oberarbeitgeber, die mit ganz anderer Befriedigung als bisher auf den Ertrag ihrer Jahresarbeit werden blicken können, wenn sie dabei wissen, jetzt wird jedem das Seine und auch die letzte Heimarbeiterin kann mit freudiger Zuversicht ihr mühsames Tagewerk tun.

So sei Gott mit uns in unserm Ringen und schenke uns bald den so nötigen Erfolg, zum Segen aller!
Vorwärts in seinem Schutze!

